

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin: Donnerstag, 17.09.2020
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle Merzig, Großer Saal, Zur Stadthalle 4, 66663 Merzig

Anwesend

Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU
Johannes Ehm	CDU
Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU
Simon Tinnes	CDU
Ulrike Biermann	CDU
Doris Darimont-Doll	CDU
Matthias Görgen	CDU
Manfred Klein	CDU
Axel Ripplinger	CDU
Angelika Conrad	CDU
Stefan Dorbach	CDU
Therese Schmitt	CDU
Hans-Joachim Horf	CDU
Thomas Klein	CDU
Jürgen Auweiler	CDU
Dr. Manfred Kost	CDU
Maria Bänsch	CDU

SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD
Tina Fischer	SPD
Wolfgang Klose	SPD

Caroline Ney	SPD
Sebastian Palz	SPD
Silvia Prinz	SPD
Manfred Klein	SPD
Nikolaus Lorenz	SPD
Martina Holzner	SPD
Giuseppe D`Auria	SPD
Arndt Oehm	SPD

ab TOP 3, 17.36 Uhr

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Heinz Temmes	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Johannes Weiten	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Klaus Borger	Bündnis '90/DIE GRÜNEN

FWM-/FDP-Fraktion

Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig
Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig
Karsten Thomaser	FDP

Ortsvorsteher

Matthias Hurth	CDU
----------------	-----

Verwaltung

Sylvie Rauch
Jan Weber
Thomas Klein
Daniel Barth
Nicole Leinen
Lydia Müller
Ute Süßmilch
Werner Gasper
Christian Bies
Christian Wurzer
Brigitte Theisen
Björn Becker
Thomas Cappel

Abwesend

DIE LINKE-Fraktion

Hannah Spanier

entschuldigt

Frank Hackenberger

DIE LINKE

entschuldigt

AfD-Fraktion

Jörg Ulrich Gruhn

AfD

entschuldigt

Dieter Leistenschneider

AfD

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Einwohnerfragestunde
 - 2 Wertgrenzen in der Geschäftsordnung: Überprüfung des Beschlusses vom 23.04.2020 2020/566
 - 3 Kulturprogramm 2020/2021 des Kreiskulturzentrums Villa Fuchs e.V. 2020/407
 - 4 "Sanierung der Sportanlage Blättelborn" 2020/608
 - a) Projektauftrag 2020 - Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" und
 - b) Städtebauförderung im Saarland - Programmanmeldung 2020 - Zusatzprogramm "Investitionspaket zur Förderung von Sportstätten 2020"
 - 5 Gewährung einer Ausfallbürgschaft 2020/592
 - 6 Neuregelung der Zuschüsse zu den Bewirtschaftungskosten der Sportvereine 2020/604
 - 7 Aufstellung eines Bebauungsplanes "Ortsmitte Harlingen" der Kreisstadt Merzig;
Einleitung des Verfahrens gem. § 2 Abs. 1 BauGB 2020/398
 - 8 Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes "Ortsmitte Harlingen" gem. § 14 BauGB 2020/399
 - 8.1 Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes "Ortsmitte Harlingen" gem. § 14 BauGB 2020/399-001
 - 9 Festsetzung des Kaufpreises für das Baugebiet "Am Saarlouiser Weg Im Gewännchen 2. BA" im Stadtteil Merchingen 2020/555

- | | | |
|----|--|----------|
| 10 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Solarpark Merzig-Wellingen" mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes für diesen Bereich;
Hier: Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauG und Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB | 2020/568 |
| 11 | Abschluss eines Durchführungsvertrages im Stadtteil Merzig | 2020/585 |
| 12 | 1. Teiländerung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Aldi-Filiale Merzig, Rieffstraße“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig;
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB | 2020/572 |
| 13 | Durchführungsvertrag ehemalige Markthalle | 2020/627 |
| 14 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Ehemalige Markthalle" im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; hier: Abwägung und Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB | 2020/578 |
| 15 | 5G-Sendeanlagen; Antrag "Bündnis 90/DIE GRÜNEN" und "Freie Wähler Merzig" vom 26.08.2020 | 2020/607 |
| 16 | Zukünftige Bewirtschaftung des Merziger Stadtwaldes; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020 | 2020/617 |
| 17 | Mitteilungen, Anfragen und Anregungen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

2 Wertgrenzen in der Geschäftsordnung: Überprüfung des Beschlusses vom 23.04.2020 2020/566 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Es gelten ab sofort wieder die ursprünglichen Wertgrenzen für die Vergabe von Aufträgen. Die derzeit in der Geschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen für Stundungen sowie die im Vergabeerlass aufgeführten Wertgrenzen gelten wie vorgesehen bis zum 31.12.2020.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

3 Kulturprogramm 2020/2021 des Kreiskulturzentrums Villa Fuchs e.V. 2020/407 ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende dankt dem Kulturzentrum Villa Fuchs für die sehr gute Arbeit und das tolle Angebot, das zusammengestellt worden sei. Ebenso danke er für die Kreativität, die in den letzten Wochen gezeigt worden sei. Es sei gelungen ein Kulturangebot auf die Beine zu stellen, trotz Corona – das sei keine Selbstverständlichkeit.

Ratsmitglied Therese Schmitt (CDU) schließt sich dem Dank an. Sie sei beeindruckt von der Vielfalt des Programms. Es habe große Einigkeit darin bestanden, dass die Kultur gerade in diesen Zeiten für die Solidarität und das gemeinschaftliche Zusammenleben ein wichtiges Angebot sei. Die Villa Fuchs habe es wieder geschafft, ein vielfältiges Angebot quer durch alle Sparten und für alle Altersgruppen an verschiedensten Veranstaltungsorten zusammenzustellen.

Man sei begeistert und beeindruckt davon, wie es gelungen sei, in diesen schwierigen Zeiten das Angebot aufrecht zu erhalten und eine Form zu finden, wie man auch in Zeiten des Abstandhaltens Kultur anbieten könne.

Ratsmitglied Giuseppe D'Auria (SPD) unterstreicht die Äußerungen seiner Vorredner: „Wieder einmal ist es der Villa Fuchs gelungen, ein anspruchsvolles und buntes Programm zusammenzuschmieden, das jeden Geschmack ansprechen wird. Angefangen von der Oper über Musical, Drama, Klassik und Theater – alle Geschmäcker werden allein in der großen Theaterreihe angesprochen und das, wenn man sich die Namen der Künstler anschaut, auf sehr hohem Niveau. Wir leben im Moment in einer sehr schwierigen Zeit, deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir, zwar langsam und unter Einhaltung aller Schutzmaßnahmen, zu einer gewissen Normalität zurückkehren und zwar nicht nur im Alltag, sondern auch in der Freizeitgestaltung. Die ganze Kulturszene und Veranstaltungsbranche gerät in eine Schieflage, auch deshalb ist es sehr wichtig hier entgegenzuwirken. Es ist nicht einfach, aber mit der Villa Fuchs haben wir einen erfahrenen und kompetenten Kooperationspartner, der genau weiß, wie das umzusetzen ist. Das haben sie in der jüngsten Vergangenheit bereits bewiesen. Auch die Anpassung der Abo-Preise für die Musik- und Theaterreihe von 5 bzw. 10 Euro halten wir für zeitgemäß und ist für 7 wertvolle Veranstaltungen vertretbar.“

Ratsmitglied Borger (Grüne) betont, die Haltung der Grünen-Fraktion zum Thema Kultur sei immer klar gewesen: Man habe immer geworben für ein breit gefächertes Kulturangebot für alle Alters- und Einkommensgruppen. Die Vorlage und Meinungen der Vorredner zeigten ja, dass die Villa Fuchs das in hervorragender Weise anbiete. Es sei für alle Alters- und Einkommensschichten etwas vorhanden, auch exklusive Kultur. Deshalb auch für die Zukunft - und man werde bald wieder über andere Kulturangebote sprechen - konzentriere man sich auf das, was sich in der Stadt bewährt habe und was eine breite Bevölkerungsschicht anspreche.

Ratsmitglied Schuh (FWM-/FDP-Fraktion) bestätigt, die Kultur und die Kunst seien gerade in der jetzigen Zeit wichtige und notwendige Aufgaben. Das vorliegende Programm 20/21 des Kulturzentrums Villa Fuchs sei spannend und biete interessante und abwechslungsreiche Veranstaltungen und Künstler. Es könne nicht erwartet werden, dass man dies zum Nulltarif haben könne. Trotz angespannter Haushaltslage werbe er für ein möglichst einstimmiges Votum.

Beschluss:

Der Programmentwurf des Kreiskulturzentrums Villa Fuchs e.V. für das Merziger Kulturprogramm in der Spielzeit 2020/2021 und die Anpassung der Abo-Preise für die Musik- und Theaterreihe werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

"Sanierung der Sportanlage Blättelborn"

- 4 a) **Projektauftrag 2020 - Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"** **2020/608**
ungeändert beschlossen
und
b) **Städtebauförderung im Saarland - Programmanmeldung 2020**

- Zusatzprogramm "Investitionspaket zur Förderung von Sportstätten 2020"

Der Vorsitzende erklärt, dass man den Umbau des Clubhauses im Blätzelbornstadion für ein Bundes- und ein Landesprogramm anmelden wolle, um möglicherweise hierüber nochmal Fördermittel zu erhalten. Zum Bundesprogramm habe es bereits eine Anmeldung gegeben, die die Stadt im letzten Jahr noch weitergegeben habe. Man wolle jetzt die gleiche Sache für die zweite Tranche, die jetzt aufgelegt werde, nochmal anmelden.

Beschluss:

- a) **Es wird beschlossen, dass für das Projekt „Sanierung der Sportanlage Blätzelborn“ im Rahmen des Projektauftrags 2020 des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ eine aktualisierte Projektskizze eingereicht und das Projekt umgesetzt wird, sollte im Rahmen der ersten Tranche für den Projektauftrag 2018 kein Zuschlag erfolgen.**
- b) **Es wird beschlossen, dass das Projekt „Sanierung der Sportanlage Blätzelborn“ dem Zusatzprogramm „Investitionspaket zur Förderung von Sportstätten 2020“ der Städtebauförderung 2020 gemeldet und ein entsprechender Projektantrag gestellt wird.**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	1

5 Gewährung einer Ausfallbürgschaft

2020/592
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Spielvereinigung Merzig in Höhe von 35.000 € wird vorbehaltlich der Vorlage von Finanzierungsplan und Bonitätsnachweis beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	1

6 Neuregelung der Zuschüsse zu den Bewirtschaftungskosten der Sportvereine

2020/604
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Boos (CDU) führt aus, die CDU-Fraktion begrüße die Neuregelung der Zuschüsse für die Bewirtschaftungskosten der Sportvereine. Zwar habe es vor einiger Zeit bereits eine Vorlage gegeben, die die Sportvereine, die die Anlagen selbst nicht bewirtschaften könnten, etwas besser gestellt hätte.

Jedoch wäre dies mit der Reduzierung der Zuschüsse für die übrigen Vereine einhergegangen. Reduzierungen oder Kürzungen für Vereine seien mit der CDU-Fraktion, soweit es der Haushalt hergebe, nicht zu machen. Die Merziger Vereine seien das Rückgrat der Stadt, das Rückgrat der Gesellschaft. Hier werde Zusammenhalt, Integration und Mitmenschlichkeit gelebt und vorgelebt. Es sei erwiesen, dass in Vereinen aktive Jugendliche deutlich weniger häufig auf die schiefe Bahn gerieten, als diejenigen, die nicht aktiv seien. Das Zusammenleben, die Feste und die Kultur stünden und fielen mit den engagierten Vereinen und mit den Ehrenamtlern. Es solle also aller Ziel sein, parteiübergreifend ein faires, gutes Modell für alle Vereine aus Sport und Kultur der Stadt Merzig zu entwickeln. Die CDU-Fraktion beantrage daher, die Arbeitsgruppe bis spätestens zu Beginn des nächsten Jahres einzusetzen – unter der Leitung der Verwaltung mit Vertretern aller Parteien im gleichen Verhältnis des Stadtrats.

Ratsmitglied Manfred Klein (SPD) erklärt, dass die Vorlage für die Parteien nicht ausreichend gewesen wäre. Weshalb man darauf dränge eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die Richtlinien langfristig überarbeite. Die Zuschussrichtlinien wären inzwischen über 10 Jahre alt und daher nicht mehr zeitgemäß. Wichtig sei, dass die Vereine angemessene Zuschüsse erhielten im Rahmen der Haushaltsberatungen. Man müsse dann in der AG die Richtlinien überprüfen, überarbeiten und zeitgemäß gestalten. Die SPD-Fraktion sei dafür, dass man dies alle zwei Jahre überarbeite. Man habe keinen festen Stand für 10, 20 Jahre, man müsse die Richtlinien immer wieder anpassen. Man müsse prüfen, was sich bei den Vereinen ändert, wo es Veränderungen in der Vereinsstruktur gebe. Die Vereine bräuchten die Unterstützung.

Beschluss:

Rückwirkend zum 1.1.2020 beschließt der Stadtrat vorbehaltlich der Aufhebung des Sperrvermerks für die HH-Stelle 42.10.01.531810-0001 (Bewirtschaftungskostenzuschüsse Sportvereine) neue Auszahlungsbeträge für Bewirtschaftungskostenzuschüsse an Sportvereine, die vereinseigene oder städtische Sportanlagen und Clubhäuser selbstständig bewirtschaften.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

7 Aufstellung eines Bebauungsplanes "Ortsmitte Harlingen" der Kreisstadt Merzig; 2020/398
Einleitung des Verfahrens gem. § 2 Abs. 1 BauGB ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) führt aus, man bemühe sich seit Jahren einen Ausgleich zu schaffen zwischen Stadt und Land, die Dörfer dabei mitzunehmen. Dies hier sei eine Maßnahme, in der man sehr deutlich mache, dass man tatsächlich bereit sei, die ersten Schritte zu unternehmen. Er danke insbesondere der HTW für die Begleitung und den Mitarbeitern des Fachamtes, die sich sehr gut eingebracht hätten. Ebenso wichtig sei für die Zukunft, nicht das zu machen, was der Rat oder das Amt für richtig hielten, sondern man müsse versuchen die Bürger mitzunehmen. Das Schöne an diesem Projekt sei, und das habe sich schon bei der HTW abgezeichnet, ähnlich wie in Besseringen: Bürger stünden nicht nur in der Meckerecke, man habe nicht nur Mängelmelder in der Stadt. Es gebe auch Menschen, die bereit seien, sich für die Zukunftsgestaltung einzubringen. Dafür gelte ihnen ein herzliches Dankeschön.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) bittet darum, das Parksymbol – da sei kein Parkplatz mehr, da stünden zwei dicke Bäume und ein paar Container – zu ändern im Plan und gegebenenfalls auch das neue Gebäude am Spielplatz nachzutragen.

Ressortleiter Bies merkt an, dass man dieses Problem bereits bei mehreren Bebauungsplänen gehabt hätte in der Vergangenheit. Auch hier sei die gleiche Antwort, dass die Büros verpflichtet seien, sich der öffentlichen Karten zu bedienen, die vom Landesamt bereitgestellt würden. Die Katasterkarte sei, wie Herr Temmes zur Recht gesagt hätte, in vielen Teilen nicht aktuell. Die Büros und auch die Verwaltung dürften die Katasterkarte nicht verändern. Wenn solche Sachen aufkämen, gebe man das immer an das Landesamt weiter mit der Bitte um Berichtigung. Das, was man hier in Merzig sehe, sei landesweit gleich.

Beschluss:

Für den aus der Anlage ersichtlichen Geltungsbereich wird die Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplanes gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

-
- 8 **Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes "Ortsmitte Harlingen" gem. § 14 BauGB** **2020/399**
ungeändert beschlossen

-
- 8.1 **Erlass einer Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanes "Ortsmitte Harlingen" gem. § 14 BauGB** **2020/399-001**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Ortsmitte Harlingen“ wird eine Veränderungssperre gem. § 14 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

-
- 9 **Festsetzung des Kaufpreises für das Baugebiet "Am Saarlouiser Weg Im Gewännchen 2. BA" im Stadtteil Merchingen** **2020/555**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Temmes (Grüne) führt aus, die Straße habe eine Steigung von 13%, die Parzellen hätten eine Länge von 22 bis 30 Metern. Ginge man auf die Parzellenlänge, habe man innerhalb der Parzelle einen Höhenunterschied von ca. 2,60 Meter.

Daher seien Stützmauern unbedingt erforderlich, um ein ordentliches Gebäude dort zu bauen, sei es oben oder unten. Wenn man sich das Gelände anschaut, seien bei allen Stützmauern vorhanden, sowohl nach oben, wie auch nach unten. Man hätte dort teilweise Rampen für die Eingänge gebaut; man hätte sich Treppen in das Erdgeschoss gelegt, da es teilweise ins Erdgeschoss nicht ebenerdig gehe. Deshalb schlage er vor, den Preis auf 90 €/m² zu reduzieren.

Beschluss:

Ein Änderungsantrag der B90/Die Grünen-Fraktion, den Kaufpreis auf 90 €/m² festzusetzen, wird mit 25 Nein-, sieben Ja-Stimmen und drei Enthaltungen abgelehnt.

Der Kaufpreis für die Baugrundstücke im Baugebiet „Am Saarlouiser Weg Im Gewännchen 2. BA“ im Stadtteil Merchingen wird auf 95 €/m² zuzüglich des Kanalbaubeitrages und der angefallenen Grundstücksanschlusskosten festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	6	4

10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Solarpark Merzig-Wellingen" mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes für diesen Bereich;

2020/568

ungeändert beschlossen

Hier: Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauG und Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Ratsmitglied Ehm (CDU) betont: „Hier können wir die Ziele unserer Stadt mit Nachhaltigkeit durch erneuerbare Energie voll und ganz unterstützen, vor allem mit dem Hintergrund der positiven Auswirkung auf unser Klima und der Tatsache, dass es sich hier um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt und der Antragsteller die Kostenübernahme sämtlicher Planungskosten für die erforderlichen Bauleitverfahren erklärt hat, ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen für unsere Stadt. Die bisherige Planung unter Einbeziehung der Bevölkerung fand großes Interesse, was uns eine perfekte Grundlage für die Zustimmung dieses Projektes gibt. Beim Bau der Anlage wird sich ein Eingriff in die Natur und Landschaft leider nicht vermeiden lassen.

Dieser wird aber auf anderem Wege wieder voll und ganz kompensiert und dies nicht nur durch die 80-90% der Gesamtfläche zwischen den Modulen, die weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden können. Man beachte, dass wir hier über eine Anlage sprechen, die eine Gesamtleistung von 4,8 bis 5,5 Mio. KW/h pro Jahr produziert, was umgerechnet ca. 1600 Dreipersonenhaushalte mit unserem Strom versorgt, der auch noch regional ist.“

Ratsmitglied Klose (SPD) erklärt: „Photovoltaik-Anlagen auf Agrarflächen, nicht schön, aber notwendig, wenn wir die Energiewende leben wollen, genauso notwendig wie all die anderen technischen Anlagen, die um uns herum in der Landschaft stehen und an die man sich inzwischen gewöhnt haben sollte. Ob das jetzt die WKA sind, die Hochspannungsleitungen, die Funkmasten, die Autobahnen usw. Die geplante PV Anlage nahe bei Wellingen war dann für uns im Ortsrat doch eine schwere Geburt. Jegliche Form von regenerativer Energiegewinnung ist begrüßenswert und sollte nach Möglichkeit unser aller Unterstützung finden. Vor dem Hintergrund, dass die Nutzung fossiler Energieträger zur Stromerzeugung so langsam aber sicher zu Ende geht, der Strombedarf aber allein schon wegen der zunehmenden Elek-

tromobilität künftig noch steigen wird, ist jeder von uns gefordert, Zugeständnisse zu machen. Hierzu meinten dann viele Wellinger, dass es schon eine Menge Zugeständnisse von ihrer Seite gegeben hat. Windkraft, Hochspannungsleitung, Autobahn und jetzt auch noch die Photovoltaikanlage. Der Spaziergang auf dem Scheidweg am Wald entlang ist Teil der Naherholung für die Wellinger, und eben da befürchteten doch viele, dass die schöne Aussicht durch die 3 m hohen PV Anlagen verbaut sein würde. Was anfangs auch noch befürchtet wurde, dass diese Anlage nicht die einzige sein wird, sondern noch weitere um Wellingen und Büdingen herum gebaut werden könnten. All das konnte zum größten Teil ausgeräumt werden. Es gibt die 2000 m Regelung aus dem städtischen Konzept für die Planung von Solarparks, des Weiteren werden die Modulreihen für die ersten 20 m nur mit einer Modulhöhe ausgestattet sein, so dass die Fernsicht vom Scheidweg aus erhalten bleiben wird. Des Weiteren wurde von der ÖkoStrom Saar in Aussicht gestellt, dass auf der 1,8 km langen Kabeltrasse, die von den Wellingern längst gewünschte fußläufige (Wanderweg) Verbindung von Wellingen nach Weiler erstellt wird. Damit waren dann die größten Bedenken ausgeräumt und die Stimmung in Wellingen ging in eine andere Richtung. Zum Projekt selbst ist diese Art der Gewinnung von Solarenergie eine etwas andere als das, was man so allgemein kennt. Die Module stehen senkrecht, und nutzen das Licht der Sonne überwiegend am Vor- und am Nachmittag. Wenn man sich nämlich die Kurven der Stromerzeugung mal anschaut, zum Beispiel auf der Seite der Bundesnetzagentur, oder besser direkt auf www.smard.de, ist gerade bei dieser Witterung deutlich zu sehen, dass der PV-Anteil gerade in der Mittagszeit so 11-13 Uhr einen Riesenhöcker hat, der Strombedarf aber über den Tag wesentlich breiter verteilt ist, was durch diese Art von Anlagen dann hervorragend aufgefangen würde. Durch den Abstand der Modulreihen zueinander ist die Nutzung der bebauten Flächen mit dem Anbau niedrig wachsender Feldfrüchte auch noch möglich.“

Ratsmitglied Borger (Grüne) beurteilt den Solarpark als ein Vorzeigeprojekt nicht nur für Merzig, für das Saarland, sondern mittlerweile auch bundesweit. Natürlich unterstütze man die Anlage, senkrecht stehende Module seien etwas Neues für Merzig. Man freue sich, dass man ein Merziger Unternehmen habe, das immer wieder innovative Ideen vorantreibe. Man müsse als Merziger stolz sein, ein solches Unternehmen zu haben. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass sie vorangehen würden, was die CO₂-Einsparungsziele anbelange. Sie machten einen deutlichen Sprung nach oben, man könne von den bisherigen Einsparpotentialen könne man 55% CO₂ einsparen. Und man müsse sich anstrengen. Die Anlage sei ein weiterer Schritt und viele müssten noch folgen. Was seine Vorredner gesagt hätten, in Zukunft würde der Energieverbrauch steigen, stimme. Das Schlimme sei, obwohl man immer mehr energiesparende Technik hätte, obwohl Aufklärung und Bildung immer weiter voranschritten, hätte man einen Energieverbrauch, der exponentiell steige. Jetzt schon, und man dürfe sich nicht ausmalen, wie man diese CO₂-Einsparziele erreichen solle, wenn es so weitergehe wie bisher. Daher gelte nach wie vor: Energie einsparen, innovative Technik und erneuerbare Energien.

Der Vorsitzende dankt den Ratsmitgliedern für die breite Unterstützung, die man habe wahrnehmen können. Man könne froh sein, dass Ökostrom Saar hier nicht nur in Merzig sei, sondern mit vielen innovativen Ideen vorangehe, auch oftmals im Zusammenspiel mit den Stadtwerken.

Beschluss:

Es erfolgt der Beschluss:

- a. **Der Abwägung aller während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen entsprechend dem beigefügten Abwägungsvorschlag und**
- b. **der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der gleichzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB wird zugestimmt.**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

11 Abschluss eines Durchführungsvertrages im Stadtteil Merzig

2020/585
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Dem Abschluss des Durchführungsvertrags in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	3

**12 1. Teiländerung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Aldi-Filiale Merzig, Rieffstraße“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig;
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB**

2020/572
ungeändert beschlossen

Beschluss:

- a. Dem Abwägungsvorschlag der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB zur Planung eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt und
- b. die 1. Teiländerung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Aldi-Filiale Merzig, Rieffstraße“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	4

13 Durchführungsvertrag ehemalige Markthalle

2020/627
ungeändert beschlossen

Für die Umsetzung des Vorhabens im Bereich der Markthalle sei ein Durchführungsvertrag notwendig, wie der Vorsitzende einleitend erklärt.

Diesen habe die Stadt aufgestellt und mit dem Vorhabendträger, dem er für sein hohes Engagement für die Kreisstadt Merzig sehr danke, abgestimmt.

Beschluss:

Dem Abschluss des Durchführungsvertrags in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	0	6

**14 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Ehemalige Markthalle" im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; hier: Abwägung und Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB 2020/578
ungeändert beschlossen**

Ratsmitglied Temmes (Grüne) spricht etwa 10 Parzellen an, durch die genauso wie mitten durch das Markthallengelände die Bebauungsgrenze in westlicher Richtung gehe. Aber das Gravierende hierbei sei - er habe einen Einspruch erhoben dagegen, in dem es heiße, die eine Grenze entlang des Flurstücks 54/8 könne man noch andeutungsweise entnehmen, aber die verschiebbare Grenze auf dem Flurstück 154/12 entlang des Hauses 16 in der Bahnhofstraße sei nicht eindeutig. Hier sei ein konkretes Maß der Abgrenzung erforderlich. Die Antwort der Stadtverwaltung habe geheißen, die Grenzen des Bebauungsplanes seien klar festgelegt und der Planzeichnung zu entnehmen. Das sei die Unwahrheit. Das sei keine Grenze im Maß. Zudem gehe diese Grenze durch das Wohnhaus mit der Nr. 16, da sei der Erker hintendran. Der Erker sei im Bebauungsplan und der Wohnraum, das Esszimmer seien außerhalb des Bebauungsplans. Die Frage wäre, ob es im Bebauungsplan stehe dieses Haus Nr. 16 oder wo es konzipiert sei? Man müsse hier doch ein grundlegendes Maß angeben können. Genauso sei es in der Nähe von der Brauerstraße. Die Grenze sei willkürlich gelegen. Er bitte das zu belegen und zu diskutieren, wozu der Erker gehört. Er sei 3 Meter breit und sieben Meter lang und er gehe in diese Bebauungsfläche.

Ressortleiter Christian Bies weist darauf hin, dass es unüblich sei in den B-Plänen Be-
maßungen in die Festsetzung der Baugrenzen einzusäumen. Da man hier in einem Maßstab unterwegs sei, in dem alle Linien an sich eine reale Breite von vielleicht zwei oder drei Meter ausmachten, je nach Strichstärke. Von daher sei der Stellungnahme nach Abwägung eigentlich nichts hinzuzufügen. Aus Sicht der Fachabteilung sei die Stellungnahme durch das Planungsbüro richtig.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) erwidert: Schaeue man sich den Plan an, sehe man die rechte äußerste Grenze, die gehe an der Flucht des Hauses, an der Rückseite vorbei. Aber die Rückseite sei nicht diese Flucht, sondern die Rückseite sei der 3m tiefe Erker, der noch hinten drangebaut sei. Der sei nicht auf der Flurkarte drauf. Es habe hier niemand nachgemessen. Irgendjemand müsse die Gebäude einzeichnen, die wirklich vorhanden seien. Der habe das Esszimmer im Bebauungsplan und das Wohnzimmer außerhalb des Bebauungsplans.

Beschluss:

Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß der beiliegenden Beschlussvorlage sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in die Planung wird

beschlossen. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Ehemalige Markthalle“ wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	4	2

15 5G-Sendeanlagen; Antrag "Bündnis 90/DIE GRÜNEN" und "Freie Wähler Merzig" vom 26.08.2020 **2020/607**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Borger (Grüne) erklärt, diesen Tagesordnungspunkt an das Ende der Tagesordnung zu setzen, sei eine nicht gerade schöne Botschaft an den Antragsteller und die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die auch an solchen Themen interessiert sind oder mehr interessiert sind, als an Bebauungsplänen und Durchführungsverträgen. Auch die Beschlussempfehlung, diesen Punkt wieder unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten, sei bemerkenswert. Zum gemeinsamen Antrag sagt er: „Wir empfehlen jedem hier im Saal, sich den Bericht des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments vom Februar 2020 durchzulesen. Dann wird man nicht nur unseren Antrag verstehen, man wird auch verstehen, warum immer mehr Länder, Regionen, Städte das Vorsorgeprinzip anwenden und den unkontrollierten Ausbau dieser neuen Technik sehr kritisch sehen und teilweise auf Eis gelegt haben. Warum machen die das? Ganz einfach, es liegen keine Ergebnisse unabhängiger Untersuchungen zu dieser neuen Strahlung vor.“

Wir als Antragsteller lehnen in keiner Weise den technischen Fortschritt ab, doch noch höher als der technische Fortschritt steht für uns das Vorsorgeprinzip, hier der Schutz der Bevölkerung und wie im Antrag formuliert, insbesondere unserer Kinder. Wir haben nur Wert darauf gelegt, dass im Umkreis von Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen Zurückhaltung geübt wird. Und nun komme ich zurück auf den Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des europäischen Parlaments und möchte daraus kurz zitieren: „Vor dem Hintergrund, dass höhere Frequenzen und Milliarden zusätzlicher Verbindungen wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge eine Dauereexposition der gesamten Bevölkerung einschließlich der Kinder bedeuten, wirft dies die Frage auf, ob negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu erwarten sind. (...) Es fehlen bislang Untersuchungen zu der Dauereinwirkung, die sich aus der Einführung von 5G ergeben würde. Ein Teil der Wissenschaftsgemeinde – hauptsächlich Ärzte und Medizinwissenschaftler – vertritt den Standpunkt, dass die Exposition gegenüber EMF schädliche Auswirkungen hat, und dass diese mit der Einführung von 5G zunehmen werden. Ein entsprechender Appell wurde 2015 bei den Vereinten Nationen und 2017 eingereicht. Die Unterzeichner weisen darauf hin, dass sich mit der immer umfassenderen Nutzung drahtloser Technologien, insbesondere nach der Einführung von 5G, insbesondere nachdem sich niemand einer dauerhaften Exposition gegenüber EMF-Strahlung entziehen könne, da eine enorme Anzahl von 5G-Sendern mit geschätzten 10 bis 20 Milliarden Verbindungen (für selbstfahrende Autos und Busse, Überwachungskameras, Haushaltsgeräten usw.) installiert werde.“ Gerade bezüglich des letzten Punktes, also das autonome Fahren, will Merzig ja Vorreiter sein und passt seine Verkehrsinfrastruktur gerade an. Wenn die Verwaltung die Vertagung empfiehlt und die Große Koalition natürlich dieser Empfehlung folgen wird, bedeutet dies nichts anderes, dass sie den Schutz der menschlichen Gesundheit nachrangiger sieht, als den ungebremsten Ausbau einer nicht untersuchten Technologie.

Wir wollen Vorsorge für unsere Kinder vor möglichen Belastungen durch den 5G-Ausbau. Daher bitten wir den Bürgermeister, seine Möglichkeiten zu nutzen. Wir wissen, dass der Aufbau dieser Anlagen genehmigungsfrei ist, alles, was unter 10 Metern ist. Er hat relativ wenige Einflussmöglichkeiten.

Aber das Signal als Rat und Verwaltung sollte sein, dass hier das Vorsorgeprinzip gilt und nicht der Zwang, in Zukunft über autonomes Fahren oder Überwachungskameras gewissen Anbietern horrenden Einnahmen zu beschaffen. Wir wollen Vorsorge für die Kinder in der Stadt. Deswegen haben wir uns in unserem Antrag auch nur auf diese Stellen beschränkt, die in einer exponierten besonderen erwiesenen elektromagnetischen Exposition liegen.“

Ratsmitglied Schuh (FWM/ FDP-Fraktion) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners uneingeschränkt an. Er weist zudem nochmals auf die Fürsorgepflicht hin und bittet den Vorsitzenden gerade hier zum Schutz der Menschen, die sich überhaupt nicht wehren können, diese Geschichte nochmals zu überdenken.

Der Vorsitzende geht auf die Ausführungen der Antragsteller ein und erklärt, dass man vorgeschlagen habe, dass der Punkt im Fachausschuss beraten werde, bevor er wieder auf die Tagesordnung einer öffentlichen Stadtratssitzung komme. Zu einem Punkt in dem Redebeitrag von Ratsmitglied Borger antwortet der Vorsitzende, dass autonomes Fahren nichts mit Verkehrsführungen zu tun habe, autonomes Fahren sei davon komplett unabhängig. Dies werde ganz anders gesteuert. Man wolle mit diesem Thema aber auch in den Fachausschuss, da man sich im Widerspruch sehe. Denn im September des vergangenen Jahres habe man genau mit diesem Rat, mit diesen Personen, die auch am heutigen Tage anwesend seien, einem ähnlichen Antrag einstimmig zugestimmt. Damals sei es darum gegangen, dass ein 5G-Projekt in Merzig umgesetzt werden sollte. Dafür hatte man sich für ein Bundesprogramm angemeldet. Es sei intensiv um eine Vernetzung eines autonomen Hol- und Bringservices unter Beibehaltung des pädagogischen Austauschs zwischen Erziehern und Eltern gegangen. Es sei insbesondere um die Kitas gegangen, dafür sei der Antrag damals gestellt worden und habe die Zustimmung des Rates gefunden. Man wolle deshalb, damit das für alle entsprechend transparent sei, nochmals im Ausschuss diskutieren, bevor es dann wieder in den Stadtrat gehe. Man müsse hier auf die Gesundheit achten, da sei der Vorsitzende einer Meinung mit den Vorrednern.

Ratsmitglied Conrad (CDU) bestätigt, sie brauche etwas Bedenkzeit und würde sich gerne einlesen. Insofern finde sie den Vorschlag der Stadtverwaltung gut, das Ganze in den Ausschuss zu verweisen und das Thema dann in einer späteren Sitzung zu beschließen oder darüber zu diskutieren. Vor allem gebe es ja noch keinen 5G-Ausbau hier. Daher wisse sie nicht, ob die Zeit so drängt, dass man in der aktuellen Sitzung entscheiden müsse oder ob man den Mitgliedern Gelegenheit geben könne, sich darüber Gedanken zu machen.

Ressortleiter Bies betont, man habe am heutigen Tage der Sitzung die Anbieter abtelefoniert und zum aktuellen Stand befragt. Wie von Herrn Borger gesagt, sei die Umrüstung der Anlagen genehmigungsfrei. Bisher sei es so gewesen, dass die Anbieter gemäß Selbstverpflichtung die Kommunen informiert hätten, bevor sie an den Anlagen etwas geändert hätten. Im Falle von 5G sei es anders. Da es in den bundesweiten, beschleunigten Ausbau gehe, sei im Sommer ausnahmsweise ein zentrales Informationsschreiben an die Gemeinden gerichtet worden mit dem Hinweis, man könne die genauen Standorte dann jeweils bei den Anbietern nachfragen. Das habe man, ein paar Wochen nachdem das Schreiben angekommen war, auch gemacht. Dies habe man heute nochmals aktualisiert.

Es gebe drei Anbieter, die in diesem Segment aktuell unterwegs wären. Dies sei zum einen Vodafone, die im Moment keine Anlage in Betrieb oder umgerüstet hätten. Die Planung sehe vor, frühestens Ende 2020 einen Standort nachzurüsten. Wobei nicht klar sei, wo der sein werde und wann er ans Netz gehe. Die Testphase betrage in der Regel 6 Monate, bevor eine solche Anlage ans Netz geht. Telefonica als zweiter Anbieter habe in Merzig keine Anlage in Betrieb und auch keine Anlagen aufgerüstet. Die Strategie des Anbieters sehe anders aus. Man würde sich auf die Ballungsräume beschränken und frühestens 2024 in den ländlichen Raum gehen. Ob da überhaupt etwas komme, sei offen. Dritter Anbieter sei die Telekom, die aktuell auch keine Anlagen am Netzbetrieb habe. Sie habe aber schon Anlagen technisch nachgerüstet, so dass sie theoretisch in der Lage wäre, 5G bereitzustellen. Die Testphase dieser Anlagen habe vor zwei Wochen begonnen.

Wie die Testphase aussehe, konnte der Mitarbeiter der Telekom am Telefon nicht genau beschreiben. Da werde die Verwaltung nochmals nachhaken.

Die bereits in der Testphase laufenden Anlagen in Merzig sind:

- Brauerstraße 5
- Zum Wiesenhof 80
- Robert-Koch-Str. 5
- Rehstraße 12
- Bezirksstr. 78
- Gemarkung Hilbringen, Fl. 7, Nr. 501/1
- Gemarkung Brotdorf, Fl. 2, Nr. 55
- Gemarkung Schwemlingen, Fl. 3, Nr. 1/266
- Gemarkung Menningen, Fl. 7, Nr. 364/1

Man werde in regelmäßigen Abständen bei den Anbietern nachfragen, bei der Telekom in 4-6 Wochen-Abständen, bei Vodafone im Herbst und bei Telefonica bestehe kein Bedarf. Und man werde dann jeweils über den Stand berichten, wenn sich etwas ändert, versichert Ressortleiter Bies.

Ratsmitglied Borger (Grüne) betont, dass man sich als Antragsteller nicht dem technischen Fortschritt verschließe. Es gehe aber darum, und deshalb habe man ausdrücklich diese Konzentration benannt, dass er wisse, dass am Kindergarten an der Josefstraße aufgerüstet wurde. Unabhängig davon sei doch jetzt der günstige Zeitpunkt, bevor ausgebaut ist. Er könne da in der Diskussion auch gerne eine Liste vorlegen, welche Länder gestoppt hätten und welche wieder abgebaut hätten. Es gebe auch Länder und Städte, die hätten abgebaut aufgrund der Entwicklung dieser Empfehlung der EU-Kommission. Deswegen wäre doch jetzt ein guter Zeitpunkt, dieses Thema mit den begrenzten, aber doch starken Möglichkeiten der Verwaltung ernsthaft mit den Anbietern zu diskutieren. Das Problem mit 5G sei eben ein anderes als mit 3G. Die Abstände der Sendeanlagen müssen extrem eng sein, also hochfrequente Strahlung. Das hieße, wenn die wirklich ausbauen würden, und der Ministerpräsident habe dies in einer Regierungserklärung erklärt, das Saarland solle Motor werden für den 5G-Ausbau, hätten sie eben die Sorge, dass die Betreiber nach rein wirtschaftlichen Interessen ohne Genehmigung das Land und die Städte vollpflastern und man am Ende gar nichts davon mitbekommen würde. Und deswegen sein dringender Appell: Gerade jetzt, wo man noch am Anfang sei, diese paar Standorte, die man ja dann nachrüsten könne, wenn die Untersuchungen und die Wissenschaft sagen würden, es sei gesund, da wachse alles und es sei kein Problem für die menschliche Gesundheit. In der momentanen Ausbauphase sollte man vielleicht den Betreibern mitteilen, dass wir diese Konzentration von Jugend- und Kindertageseinrichtungen haben. Mehr könne der Bürgermeister sowieso nicht machen. Einfach jetzt die mahnende Stimme erheben, ohne den technischen Fortschritt zu stoppen.

Der Vorsitzende betont, dies sei ein wichtiges Themenfeld. Deshalb wolle man auch ausführlich im Ausschuss und im Stadtrat diskutieren. Er richte eine Bitte an Ratsmitglied Borger bezüglich des Turms der Josefskirche, die dieser zuvor angesprochen habe.

Die Stadt habe an dieser Stelle auch nachgehakt und in der Tat, wie Ressortleiter Bies schon sagte, wer so etwas schon beantragt hat und solch eine Anlage umrüstet, müsse keinen Antrag einreichen, der genehmigt werde. Man sei dort auch nicht im Verfahren beteiligt. Man habe aber nachgefragt und nachgeforscht. Nach Informationen der Verwaltung sei es nicht so, dass dort 5G nachgerüstet worden sei. Daher bitte er um die Auskunft, wer dies gegenüber Ratsmitglied Borger konkret gesagt habe, auf welcher Basis das beruhe, und dann würde die Stadt dem entsprechend nachgehen. Denn die Stadt hätte eine komplett andere Information.

Ressortleiter Bies bestätigt, man habe mit einem Mitarbeiter der Telekom gesprochen, der für diese Dinge zuständig sei.

Seine Antwort sei gewesen:

An der Josefskirche ist kein 5G installiert und der Standort sei nicht im Plan der Telekom enthalten. Das hänge damit zusammen, dass an diesem Standort kein UMTS installiert sei. Dies wäre die Grundvoraussetzung dafür, an diesem Standort aufzurüsten. Noch eine Anmerkung zum erwähnten Gutachten: Die internationalen, also auch die EU-Gutachten, legten immer die ausländischen Netzfrequenzen zugrunde. Die Bundesregierung habe die Netzfrequenzen in Deutschland bewusst niedriger gesetzt, um damit mögliche schädliche Auswirkungen zu verringern. Man müsse daher unterscheiden, ob bei den Gutachten die ausländischen Netzfrequenzen betrachtet würden oder die deutschen, die deutlich niedriger seien.

Ratsmitglied Oehm (SPD) erklärt, nur weil man nicht gegen 5G sei, hieße das nicht, dass man nicht die Kinder schützen wolle. Seine Fraktion sei für die Diskussion im Fachausschuss und wolle sich an die Wissenschaft halten.

Ratsmitglied Klose (SPD) gibt den Hinweis, solche Anlagen seien in der Tat, bzw. die Umrüstung sei nicht genehmigungspflichtig. Es müsse jedoch trotzdem eine Standortbescheinigung ausgestellt werden. Daher könne sich die Stadt als Verwaltungsangehörige bei der Bundesnetzagentur anmelden und sich dort die neuesten Daten runterladen und dadurch die Erkenntnis gewinnen, ob eine Anlage schon in Betrieb ist oder nicht. Denn die Anlagen dürften nur dann in Betrieb genommen werden, wenn eine neue Standortbescheinigung ausgestellt wurde.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Vorberatung in den Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	5	2

16

Zukünftige Bewirtschaftung des Merziger Stadtwaldes; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020

2020/617
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Borger (Grüne) spricht zum Hintergrund des Antrags: „Der Gesundheitszustand des Saar-Waldes hat sich, auch bedingt durch die letzten Dürrejahre, dramatisch verschlechtert. Der Stadtwald Merzig ist ebenfalls betroffen. Bisherige Überlegungen zur Bewirtschaftung des Stadtwaldes oder zur Organisation sind durch die jüngsten Entwicklungen hinfällig geworden. Das Gutachten aus 2017, auf das man sich jetzt gerne beruft, um den Forstbetrieb „wirtschaftlich effizienter“ auszurichten, hatte folgende Zielsetzung: „Ziel der Untersuchung ist es, Stärken und Schwächen der aktuellen Struktur zu ermitteln und Organisationsansätze aufzuzeigen, ob und wie der Forstbetrieb nach den vorgegebenen Grundsätzen der naturnahen Waldwirtschaft optimiert werden kann.“ Dieses Gutachten hatte also das wesentliche Ziel Vorschläge zu erarbeiten, um die Organisation und den Betriebsvollzug nach vorrangig ökonomischen Zielen auszurichten. Die Arbeitsgruppe Forst, die gebildet wurde, will völlig überholte und gerade aus heutiger Sicht fragwürdige Vorschläge aufgreifen und auf unseren kranken Wald übertragen.

Deshalb haben wir als Fraktion erklärt, nicht in einer Arbeitsgruppe mitzuwirken, die keinen Wald, sondern einen Forst will. In dieser dramatischen Zeit, in der sich unsere Wälder befinden, ist das Ziel dieser Arbeitsgruppe nach unserer Überzeugung völlig fehlgeleitet.

So haben wir uns auch für die Nichtteilnahme an der letzten AG entschuldigt, die in der Tagesordnung die Umsetzung des veralteten Gutachtens zum Ziel hatte. Damit nicht wieder komische Sachen erzählt oder geschrieben werden, hier auszugsweise unsere Mitteilung an die Verwaltung:

Wie bereits der Verwaltung bekannt, werden wir an keiner AG mitwirken, die sich weiter vom notwendigen Schutz des Waldes entfernen will und anstatt Wald den Forst will. Mit dem Ausstieg aus Naturland wurde ja schon der erste Schritt vollzogen. Dass Forst nur sehr wenig mit Wald zu tun hat, ist hinlänglich bekannt. Die Grüne Fraktion hat sich mehrfach für einen Paradigmenwechsel derart ausgesprochen, wie es der damalige OB und der Stadtrat in seinem Grundsatzbeschluss von 1995 einstimmig wollten. Es sollte das Lübecker Waldmodell, das erfolgreichste kommunale Waldmodell in ganz Deutschland umgesetzt werden. Wir wollen Stadtwald, anstatt Stadforst. Wir wollen Waldschutz, anstatt Forstnutz. Wir wollen Waldhüter, anstatt Förster. Wir wollen ein Leitbild für den Stadtwald, anstatt ein Leitbild Forst. Wir wollen eine AG Wald, anstatt eine AG Forst. Wir wollen als Grundlage kein rückwärtsgegangenes Forstgutachten, sondern eine Anlehnung an die Grundsatzbeschlüsse der Stadt Merzig und die Grundsätze des Waldkodex des Saarlandes incl. Betriebsziel für den Stadtwald mit aktualisierter Priorisierung als Folge des Klimawandels. Insofern bitten wir unsere Nichtteilnahme an dieser nicht gerade zukunftsweisenden AG zu entschuldigen.

Der Landtag des Saarlandes hat die Landesregierung aktuell in der Drucksache 16/1427 10.09.2020 aufgefordert „den Wald neu zu denken“. Der Ministerpräsident des Saarlandes bemerkte ja schon im August vor einem Jahr, ich zitiere: „Künftig dürfe nicht der finanzielle Aspekt bei Einschlügen im Vordergrund stehen, sondern der Wald müsse als Klimaschutzfaktor und mit seiner Erholungsfunktion für den Menschen betrachtet werden“. Unser Antrag zielt genau darauf ab. Es bedarf deshalb keiner Vertagung, um unter Ausschluss der Öffentlichkeit in einer Arbeitsgruppe Forst zu beraten. Es muss auch nichts Neues beraten werden, da der Antrag einen entsprechenden Stadtratsbeschluss, der damals intensiv vorberaten wurde, aufgreift.“

Ratsmitglied Auweiler (CDU) führt aus, der Antragsteller sei sehr ausführlich darauf eingegangen, warum er nicht an dieser AG teilnehme. Er, als Vertreter der CDU, bedauere dies sehr. Man habe sich bereits in der Vergangenheit, er erinnere nur an die Sache Klima, sehr einmütig, sehr gut hier in Merzig gruppiert und sehr gute Ergebnisse in den Arbeitsgruppen erzielt. Wenn man an der AG teilgenommen hätte, hätte man erfahren können, dass dort nicht nur das Gutachten besprochen werde, sondern auch andere Themen. Unter anderem hätte es ja auch in der vorletzten AG den Antrag der Grünen gegeben, und die Grünen seien auch fern geblieben. Er bitte gerade die Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN an diesen Arbeitsgemeinschaften teilzunehmen, und dass sie dort gute Ergebnisse für die Stadt erzielten. Es sei in der Vergangenheit, in der letzten Legislaturperiode so gewesen, dass von den Grünen nur eine Person im Stadtrat gewesen wäre. Jetzt hätten ihnen die Bürgerinnen und Bürger das Votum gegeben, sich noch mehr einzubringen. Sie hätten vier Mitglieder im Stadtrat und schafften es nicht, an dieser Arbeitsgruppe teilzunehmen. Er bedauere dies sehr, auch im Namen der Wählerinnen und Wähler. Die Grünen hätten in ihrem Antrag formuliert: „die zunehmende Bedeutung des Stadtwaldes“. Wäre einer der Grünen-Vertreter anwesend gewesen, hätten sie mitbekommen, wie wichtig allen die Bedeutung des Stadtwaldes ist, mit den verschiedenen Funktionen, die der Stadtwald auch wahrzunehmen hat. Er könne nur bitten und hoffen, dass man sich der Diskussion nicht verschließe und die Diskussionen nicht nur in die Öffentlichkeit bringe. Man solle sich und die Themen doch einbringen. Er könne zusichern, dass sehr viele Punkte deckungsgleich seien. Gerade bei dem wichtigen Thema Forst sollte für die Kinder ein gemeinschaftliches Ergebnis erzielt werden. Vor allem, wenn er einen Antrag bekomme, gerade wie hier der Punkt 2 und 3, wolle er, dass darüber ausführlich in der Arbeitsgruppe diskutiert werde, dass man auch die Informationen bekomme und nicht kurz vorher mit dem Antrag konfrontiert würde. Dies sei gute Praxis, die man so halten sollte. Viele Punkte, die die Grünen gerade im ersten Abschnitt eingebracht hätten, hätte man bereits auch mit Stimmen der Opposition oder zumindest der AG positiv begleitet.

Die CDU-Fraktion sei, was die zuvor angeregte Diskussion um Forst oder Wald betrifft, eindeutig für einen Stadtwald, einen Bürgerwald, wo jeder seine Interessen auch vertreten sehe.

Er fände es nur bedauerlich und auch merkwürdig, dass das Ratsmitglied Borger so sehr auf dem Thema Forst beharre, dass der Forst nicht gut sei, dass der Forst weichen solle und der Wald besser sei. Das sei Wortklauberei. Es sei seltsam, dass er das sage, als Vorsitzender der Forstbetriebsgemeinschaft im Landkreis Merzig-Wadern. Dafür könne er sicher Gründe nennen. Man solle keine Wortklauberei betreiben. Man solle den Wald zukunftsfest aufstellen mit allen Parteien im Stadtrat. Er hoffe, dass ein Vertreter der Grünen an der AG teilnehme.

Ratsmitglied Dyck (SPD) bestätigt die Aussagen seiner Vorredner, dass es dem Wald generell schlecht gehe. Wobei der Saarwald noch besser dastehe, weil darin über 75 Prozent Laubbäume stünden. Trotzdem leide er unter der Trockenheit der letzten Jahre. Deshalb gebe es im Rat eine Arbeitsgruppe mit dem Namen „Leitbild für den Forst“, in der um den zukünftigen Kurs in Sachen Wald gerungen werde. Ja Bewirtschaftung, aber wenn man darüber diskutiere, dann diskutiere man über alle Interessen derjenigen, die an dem Wald teilhaben. Das seien Wanderer, das sei natürlich die Bewirtschaftung, aber es seien auch Tiere und Jäger. Alle, die von dem Wald profitierten. In diesem Antrag der Grünen gehe es um die zukünftige Bewirtschaftung des Waldes. Da steckt das Wort Wald drin. Man würde also vermuten, dass sich die Fraktion der Grünen fleißig an dieser Arbeitsgruppe zum Leitbild des Forstes beteilige, um das Maß der Bewirtschaftung in ihrem Sinn zu regulieren. Aber er habe dort noch nicht einen Grünen erlebt. Von konstruktiver Mitarbeit ganz zu schweigen. Er appelliere an die Fraktion der Grünen, sie seien der Stadt verordnet, um die Interessen ihrer Wähler wahrzunehmen. Das passiere in solchen Arbeitsgemeinschaften. Sie sollten ihrer Aufgabe gerecht werden und sich einbringen.

Ratsmitglied Borger (Grüne) betont, die Grünen nähmen ihre Arbeit sehr ernst. Man sei die einzige Faktion, die Anträge regelmäßig zum Thema Umwelt- und Naturschutz und Wald stellt. Und man diskutiere mit den Bürgern. Wald sei Bürgerwald und Stadtwald sei Bürgerwald. Und die Zukunft des Stadtwalds in Merzig gehöre nicht in Geheimsitzungen. Er beziehe sich nun auf eine Anmerkung von Herrn Auweiler und erklärt, man dürfe sich nicht umbenennen nach § 18 Bundeswaldgesetz. Man habe bereits mehrfach Anträge gestellt, die Forstbetriebsgemeinschaft umzubenennen.

Man habe ein Ziel, das sei auch den Unterlagen der Arbeitsgruppen zu entnehmen, in den Niederschriften. Man habe immer wieder Arbeitsgruppen, ein Jahr lang sei er dabei gewesen und habe immer wieder gesagt, hier gehe es um Wald und nicht um Forst. Man wolle nicht den Wald für Großmaschinen öffnen. Das sei nicht das Ziel. Wenn dann ein altes Gutachten von 2017 – da hat noch keiner von heißen Sommern gesprochen - herangezogen werde, wo es nur um die Effizienz der Bewirtschaftung gehe und überhaupt nicht um den Wald, und man einen konkreten Vorschlag gemacht habe für ein Leitbild Wald, das läge der Verwaltung und der Arbeitsgruppe vor. Das seien 8 Seiten. Das käme alles von der Opposition. Das seien eben die Spielregeln, die man akzeptiere. Und wenn man immer wieder merke, dass nichts ankomme, dass nicht mal ein kleines Zugeständnis gemacht werde, indem man die Arbeitsgruppe „Leitbild Wald“ nenne.

Der Vorsitzende merkt dazu an, es ginge doch unabhängig von den Begriffen Forst oder Wald, da sei man sich wohl einig, um die Bäume, die dort im Wald stehen. Das habe aus seiner Sicht wenig mit den Begrifflichkeiten zu tun. Die Arbeitsgruppe habe sich nochmals getroffen, mehrfach getroffen und habe ein Ergebnis. Und man wolle den Ratsmitgliedern aufgrund der abschließenden Sitzung der Arbeitsgruppe einen Vorschlag machen für den Ausschuss. Das solle in der nächsten Ausschusssitzung besprochen werden und anschließend dann im Stadtrat. Auch da sei dafür Sorge getragen, wie bei allen anderen Punkten und Anträgen auch, dass danach nochmals öffentlich diskutiert werde.

Man wolle mit einem Gesamtpaket nachher in die Stadtratssitzung gehen, und ebenfalls den Punkt aufnehmen, den die Grünen eingereicht hätten.

Um dann über die Punkte der Arbeitsgruppe zu sprechen, den Antrag mitzudiskutieren und die weiteren Punkte, die vielleicht noch kämen. Damit es dem Wald oder Forst gut gehe und sich die Menschen dort wohlfühlten. Daher wäre es schön, wenn sich daran alle beteiligten. Ratsmitglied Dyck (SPD) äußert Verständnis für die Aussagen seines Vorredners Borger. Aber die demokratische Arbeit funktioniere genauso. Man sei delegiert vom Wähler und trafe sich in Ausschüssen. Wenn es knifflig werde in Arbeitsgruppen, sammle man Argumente, diskutiere darüber, komme zu Beschlüssen und beschließe mehrheitlich. Das sei Demokratie. Man sei angewiesen auf die Mehrheit. Habe man die nicht, funktioniere es nicht.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) nimmt Bezug auf die Diskussion um den Namen der Arbeitsgruppe. Dass dies Wortklauberei sei und daher nicht geändert werden müsse, könnten die Vorredner der Fraktionen so sehen. Wären sie bereit, das so zu sehen wie die Grünen, also anstatt Forst Wald zu sagen, hätten die Grünen auch keine Probleme mehr.

Beschluss:

Der Stadtrat vertagt den Tagesordnungspunkt zur Vorberatung in den zuständigen Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	5	0

17 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Ratsmitglied Temmes (Grüne) führt aus, es gebe seit 1988 ein Katastergesetz im Saarland, das vorschreibe, dass jedes Gebäude vom Katasteramt, vom Landesvermessungsamt öffentlich eingemessen werden müsse. Seit 1988 seien viele Gebäude erstellt worden, Garagen usw., die er auf den jetzigen Plänen nicht entdecken könne. Die Sanierungspläne, die jeder in den letzten Wochen bekommen habe, von den 6 oder 7 Gemeinden, die seien aus dem vorigen Jahrhundert. Dort fehle fast $\frac{1}{4}$ der Gebäude, die heute errichtet seien. Wie wolle man im Rat Baulücken feststellen, wenn sie nicht mal auf den Plänen abgebildet seien. Daher bitte er den Bürgermeister und die Stadtverwaltung im Amtsblatt einen Hinweis zu geben, dass es Pflicht sei nach dem Katasteramtsgesetz des Saarlandes, dass alle Gebäude, die errichtet wurden nach 1988, katasteramtsmäßig erfasst werden.

Ressortleiter Bies erklärt dazu, die Stadt sei der falsche Ansprechpartner. In diesen Fällen sei das Land zuständig, er vertrete teilweise auch die Auffassung, dass die Katasterpläne in vielen Bereichen tatsächlich nicht aktuell seien. Es sei jedoch keineswegs so, dass die Gebäude nicht eingemessen würden. Es hake offensichtlich an der Eintragung in die öffentlichen Karten. Das werde man nochmals, wie bereits zugesagt, beim Land monieren. Es mache keinen Sinn im Amtsblatt darauf hinzuweisen, dass jeder Privatmann sein Haus einmessen lassen muss. Das sei in der Regel erfolgt. Es hake an der Übertragung der Daten in die öffentlichen Karten des Katasteramtes. Man werde das Landesamt entsprechend darauf hinweisen. Er gebe dem Vorredner inhaltlich Recht, es wäre für alle angenehmer, wenn die Katasterkarten komplett wären.

Ratsmitglied Borger (Grüne) spricht den tödlichen Unfall an der neuen Kreuzung an, der sicher alle sehr betroffen gemacht habe. Den Angehörigen gelte die Anteilnahme aller. Es gehe aber nun um etwas, was nur indirekt damit zu tun habe.

Er und andere hätten im Vorfeld auch schon mehrfach auf unterschiedliche Weise deutlich gemacht, dass ihnen völlig unverständlich sei, dass man in Merzig den Autos in allen Bereichen Vorfahrt gewähre. Aufgrund eines persönlichen Erlebnisses am Vortag auf dem neuen Radweg von Mitte Hilbringen nach Merzig und zurück bitte er alle Anwesenden, diese Strecke selbst mit dem Fahrrad zu befahren. Dann sollte man sich weiter unterhalten, um Unfälle möglichst auszuschließen. Er meine nicht nur Unfälle zwischen Rad und Autos, es ginge hier auch um Unfälle, bei denen Radfahrer alleine ein Problem hätten. Es gebe da ein paar massive Punkte.

Der Vorsitzende sagt zu, dass man sich das anschauere.

Ratsmitglied Boos (CDU) spricht auch seitens der CDU den Hinterbliebenen und Beteiligten sein herzliches Beileid aus. Er biete den Ratsmitgliedern an, dass man sich zusammensetzen und auch gemeinsam eine Rundfahrt machen könne. Er lade dazu ein.

Ratsmitglied Dyck (SPD) weist darauf hin, dass es auch hierfür eine Arbeitsgruppe gäbe. Je mehr sich daran beteiligten, desto mehr Ideen werde man haben, die man sammeln könne.